

ZENTRALORGAN DER JUSOS NIEDERBAYERN
AUSGABE 13 | FEBRUAR 2024



SEPP

Sozialistisch-Emanzipatorisches Positionspapier





SEPP 2024

Jungsozialist*innen in der SPD
Bezirk Niederbayern

V.i.S.d.P.:

Moritz Quaiser, Sophie Hofer
c/o SPD-Bezirk Niederbayern
Dr.-Otto-Höchtel-Str. 27
94315 Straubing

E-Mail: info@jusos-niederbayern.de

Telefon: +49 9421 42761

Telefax: +49 9421 43387

Gestaltung & Layout:

Moritz Quaiser

Basierend auf:

Tobias Pietsch, Tobias Hartl, Michael Pöppel

Druck:

WIRmachenDRUCK GmbH

Mühlbachstr. 7

71522 Backnang

wir-machen-druck.de

JUSOS-NIEDERBAYERN.DE

INHALT



ZEIT FÜR DIE MUTIGEN! von Moritz Quaiser	4
EUROPA AUF LINKS DREHEN! von Severin Eder	8
DIE DEMOKRATIE UND IHR ENDE von Annika Hagn	11
NAHE DER „POLITISCHEN TODESZONE“ von Florian Fürstberger	16
DER BUNDESFREIWILLIGENDIENST von Marlene Hofer	20
DAS SCHWEDISCHE MODELL: EIN VORBILD FÜR DEUTSCHLANDS KITAS? von Regina Hodam	24
GEAS – EIN FAULER KOMPROMISS von Sophie Hofer	27
JUSOS IN DIE PARLAMENTE! – KOMMUNALWAHL-EDITION von Vincent Hogenkamp	32



ZEIT FÜR DIE MUTIGEN!

von Moritz Quaiser, Bezirksvorsitzender

Die SPD leidet seit Jahren unter einem übermäßigen Fokus auf Taktik. Zu oft verharrt unser Führungspersonal in den Koalitions- und Parteilogiken, die uns in die aktuelle Misere geführt haben. Es ist Zeit für eine nüchterne Betrachtung des Zustands der Sozialdemokratie. Nur so können wir die Kurve kriegen und ein echtes Comeback starten.

Seit 1998, spätestens seit 2005, befindet sich die SPD im Bund in einer defensiven Kommunikationsposition. Durch den Verrat unserer eigenen Werte in der Arbeiter*innen-feindlichen Politik der Schröder-Jahre sind wir in der verzwickten Lage entweder unsere eigene Politik als falsch bezeichnen zu müssen oder unsere eigenen Widersprüche weiter fortzutragen. Die sozialdemokratische Elite hat sich fast vollkommen für die zweite Option entschieden und damit den Kurs der letzten zwei Jahrzehnte geprägt.

Den Verlust der ehemaligen Stammwählerschaft konnten wir 2021 zwar durch einen Merkel-Klon ausgleichen, an einem langfristigen Wiederaufbau der Basis mangelt es aber eklatant. Während früher eine Kandidatur unter dem Banner der SPD genügte, um (zumindest in Teilen Deutschlands) sicher gewählt zu werden, bewahren heute nur noch einzelne Personen die Partei vor dem Kollaps an der Wahlurne.

Mit der Europawahl steht der nächste Beweis der strategischen Nachlässigkeit der SPD an. Statt von Beginn der Ampel-Regierung an gezielt die eigenen sozialdemokratischen Themen zu bespielen, läuft man spätestens seit Ende 2022 nur noch der Union und inzwischen auch der AfD hinterher. Indem die SPD nur auf ihre Gegner reagiert, verschaffen wir deren Meinungen auf unseren eigenen Kanälen Raum. Raum, den wir nicht für unsere eigenen Botschaften nutzen. Raum, den die Konservativen und Rechtsextremen sich liebend gerne nehmen und den Diskurs nach rechts verschieben.

Wir brauchen den Mut, den Diskurs wieder zurückzuerobern und uns den Raum für unsere Themen zu nehmen. Wer den Diskurs beherrscht beeinflusst, wie Menschen über Probleme nachdenken.

Ohne tatsächliche politische Erfolge lässt sich aber auch nicht kommunizieren. Die Sozialpolitik der Ampel und der vorangegangenen Großen Koalitionen sind bei Betrachtung der derzeitigen Unzufriedenheit mit „der Politik“ nicht zu vernachlässigen. Das ursprüngliche Aufstiegsversprechen der Sozialdemokratie ist zu einer leeren Worthülse verkommen und dient nur noch zur Besänftigung der eigenen Reihen. Das ließ sich nach dem letzten SPD-Bundesparteitag erkennen, als die dort geschwungenen großen Reden sofort durch entgegengesetztes Regierungshandeln zunichte gemacht wurden. Ohne einen erkennbaren

sozialdemokratischen roten Faden ist unsere aktuelle Schwäche kein Wunder.

Es braucht einen Einklang von Rhetorik und Handeln, eine konsequente Kommunikation eigener Themen und vor allem einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.

Die Lage der BayernSPD ist verheerender als alles, was wir von der Bundes-SPD bereits kannten. Nicht nur fehlt es uns hier an kommunikativer Strategie, sondern auch an politischer. Während auf Bundesebene zumindest ein (fehlgeleiteter) Politikansatz erkennbar ist, drehen wir uns nur noch um uns selbst, kümmern uns um interne Konflikte und das nicht einmal mit einer möglichen Machtoption.

Wir können noch so gute inhaltliche Beschlüsse auf Parteitage fassen, solange diese nicht in ein stringentes politisches Programm gegossen werden, das auch die Mitglieder wieder aktiviert, versendet jede Arbeit.

Während für die vergangene Wahl das Weiterwursteln noch für den Einzug in den Landtag gereicht hat, kann es beim nächsten Mal schon knapp werden. Wenn selbst lebenslange SPD-Wähler*innen noch nie den Namen des Spitzenkandidaten gehört haben und das Programm ein diffuser Mischmasch aus sozialdemokratischen Wohlfühlformeln ist, sind wir mit einer eklatanten Realitätsverweigerung konfrontiert.

Wir stehen am Abgrund, egal ob das bereits bei allen angekommen ist oder nicht. An der Basis resignieren unsere Mitglieder in ganz Bayern. Die vorherrschende Einstellung gegenüber der BayernSPD ist Mitleid. Weder Wähler*innen noch Genoss*innen nehmen unsere Partei als eine mögliche Alternative oder sinnvolle Ergänzung der Landesregierung wahr. Wir handeln in einem absolut eingeschränkten Rahmen, dessen Verengung wir großteils selbst zu verantworten haben.

Statt endlich einen zugespitzteren, mutig sozialdemokratischen Kurs zu fahren, der arbeitende Menschen in den Mittelpunkt stellt, fühlen wir uns in akademischen Milieus offensichtlich wohl genug, um nicht weiter raus zu gehen. Unsere Klientel müssen all die Menschen sein, die den Glauben an Veränderung verloren haben. Diejenigen, die jeden Tag arbeiten gehen aber wegen Ukraine-Krieg und Konzern-Gier am Ende des Tages jeden Cent umdrehen müssen. Wir sind da für alle, die uns brauchen, weil sie sonst nicht gehört werden.

FAZIT

Wir müssen wieder den Mut finden für unsere Positionen einzustehen und diese auch durchzusetzen. Unsere Aufgabe ist es, nicht länger die Ursache, sondern die Lösung für die Unzufriedenheit zu sein. Das können wir schaffen, indem wir durch unsere Politik die Leben der Menschen verbessern und länger als für die eigene Amtszeit und Wahlperiode planen. Dazu brauchen wir aber auch mutige Mitstreiter*innen, die bereit sind voranzugehen.

Die Ursprünge der Sozialdemokratie liegen in einer Massenorganisation mit einem breiten Vorfeld. Die Partei ist ein entscheidender Teil im Kampf für eine gerechte Welt, aber darf nicht der Einzige sein. Es wird deshalb Zeit die Debatten nicht länger über die Menschen, sondern mit den Menschen zu führen und unsere Lösungen als die Einfachen zu präsentieren. Wie das geht zeigt die KPÖ in Graz und Salzburg. Langfristige Arbeit mit den Menschen und Einsatz für ihre konkreten Belange zahlt sich aus.

Damit die SPD noch eine Zukunft hat, muss sie sich wieder trauen sozialdemokratisch zu sein.

Es ist wieder Zeit für die Mutigen. Und die Mutigen sind wir.



EUROPA AUF LINKS DREHEN!

von Severin Eder, Juso-Spitzenkandidat zur Europawahl

Liebe Genoss:innen,

Am 9. Juni 2024 findet die Europawahl statt, und nun gilt es, als Jungsozialist:innen und vor allem als Internationalist:innen, diese Wahl wie keine andere zuvor zu einer Richtungswahl zu machen. Wir erleben immer mehr, wie das Vertrauen in die demokratischen Institutionen sinkt, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht und wie polarisiert die Gesellschaft ist. Unsere Aufgabe wird es sein, Ungerechtigkeiten aufzulösen, die Demokratie zu stärken, die errungenen Fortschritte zu verteidigen und weiter für ein progressives Europa zu kämpfen. Wir müssen wieder deutlicher die Verteilungsfrage stellen und von oben nach unten umverteilen, da aktuell genau das Gegenteil geschieht.

Die Europäische Union steht vor beispiellosen Herausforderungen. Mehrere Krisen fordern gleichzeitig Antworten. Der Aufstieg des Rechtspopulismus bedroht die Grundwerte der Europäischen Union und fordert mehr denn je von uns ein, für ein inklusives, solidarisches und demokratisches Europa zu kämpfen. Der Brexit soll uns als mahnendes Beispiel dienen – er hat keines der Versprechen der Brexiteers gehalten; im Gegenteil, der wirtschaftliche Abschwung, politischer Bedeutungsverlust und ökologische Dauerschäden sind die Folgen. Durch den Brexit sind beispielsweise zahlreiche EU-Umweltvorschriften weggefallen – und jetzt gibt es Buchten, in denen man aufgrund der Verschmutzung nicht mehr schwimmen kann.

Trotz der positiven Einstellung von über 61 % der EU-Bürgerinnen und Bürger zur Union, wie das Eurobarometer zeigt, ist es entscheidend, die Verbindung zwischen den Menschen und den europäischen Institutionen zu stärken. Dies erfordert eine klare Kommunikation über die Vorteile und Chancen, die die EU bietet, und über die Herausforderungen, die noch zu bewältigen sind, um Europa zukunftsfähig zu machen. Zusätzlich bedarf es grundlegender Reformen der EU, um sie demokratischer zu gestalten. Unser mittelfristiges Ziel sollte die Einführung europäischer Wahllisten für die Wahlen zum Europäischen Parlament sein, die zu modernen und einflussreichen Gremien führen. Dies würde den Weg für eine parlamentarische Regierungsform ebnen, in der die Europäische Union nicht nur als Bündnis unabhängiger Staaten, sondern als echte föderale Demokratie agiert.

Es ist wichtig, nicht nur klarzustellen, wogegen wir sind, sondern auch unsere Vision für Europa zu vermitteln.

Wir wollen ein soziales und solidarisches Europa. Wir wollen eine

verbindliche Richtlinie für einen europäischen Mindestlohn. Wir kämpfen für eine europäische Jugendgarantie. Wir wollen, dass wir stärker in die Klimatransformation unserer Gesellschaft investieren. Wir wollen weg von den nationalen Egoismen. Wir wollen, dass Europa mehr ist als eine Wirtschaftsunion, sondern ganz konkret Politik macht für die Bedürfnisse der Menschen. Selbstverständlich wollen wir ein Europa, das für Menschenrechte steht, nach außen und nach innen.

Dazu gehört die Schaffung einer europäischen Sozialunion, die allen Bürger:innen grundlegende soziale Leistungen garantiert. In einem von Wohlstand geprägten Kontinent dürfen Armut und soziale Ausgrenzung keinen Platz haben. Wir brauchen eine europaweite Ausbildungsgarantie, um jungen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Auch die Rolle der EU zur Bekämpfung des Klimawandels ist von entscheidender Bedeutung. Der Übergang zu klimaneutralen Energiequellen und die Unterstützung regionaler Transformationen sind zentral, um den Klimawandel zu bekämpfen und nachhaltiges Wachstum sowie gute Arbeitsbedingungen zu fördern.

Die zunehmende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit erfordert eine Politik, die auf Verteilungsgerechtigkeit abzielt. Europa muss gerechte Wege zur Wohlstandsverteilung finden und eine inklusive Politik verfolgen, die niemanden zurücklässt.

DIE DEMOKRATIE UND IHR ENDE

von Annika Hagn, stv. Bezirksvorsitzende



Ein Leben ohne das Privileg der freien Meinungsäußerung? Für die meisten deutschen Bürger und Bürgerinnen kaum denkbar. Und doch gibt es Stimmen, die behaupten, ein Mitreden, Mitbestimmen und Äußern der eigenen Ansichten ist nicht mehr gestattet. Zeigen diese Aussagen jedoch nicht genau das Gegenteil? Jeder kann seine Ansichten öffentlich vertreten – die Resonanz kann positiv oder negativ ausfallen. Kritik gehört in einem Land, in dem Demokratie und eine freie Meinungsäußerung herrschen, jedoch genauso dazu.

Die Welt verändert sich, die Gesellschaft wird bunter und wir entwickeln uns weiter. So werden auch Stimmen der Kritik lauter und die Menschen machen Gegenwind, wenn ihnen etwas nicht passt. Mit eingeschränkter Meinungsfreiheit hat das wenig zu tun, vielmehr mit Meinungsvielfalt – auch wenn das für einige Parteien unangenehm zu sein scheint.

Aber was ist, wenn die Demokratie dazu führt, dass die Demokratie gefährdet wird? Wann sind die Grenzen einer solchen ausgereizt und der Punkt erreicht, in dem sie eingeschränkt werden muss, um die deutsche Bevölkerung zu schützen?

Beschäftigt man sich mit dem Begriff `Demokratie` genauer, stößt man schnell auf die Tatsache, dass sie die Lebensform der individuellen Entscheidung, Handlung und individuellen Verantwortung ermöglicht, sowie individuelle Gleichheit vor Recht und Gesetz garantiert und Minderheiten schützt.

Bedeutet das nicht im gleichen Atemzug, dass die Demokratie eingeschränkt gehört, wenn sie Minderheiten angreift?

Richtet man seinen Blick auf die aktuelle, immer stärker werdende Popularisierung rechter Parteien, sowie die Pläne der AfD, muss man sich genau diese Frage stellen. Wenn sich in Deutschland Mitglieder der AfD

mit Rechtsextremen treffen, an fast der gleichen Stelle wie die Wannseekonferenz im Jahr 1942, und Pläne schmieden, um Millionen Menschen aus der Mitte unseres Landes zu remigrieren und die Deportation von ihnen, mit oder ohne deutschen Pass, zu planen, muss man sich ganz klar die Frage stellen, ob dies noch etwas mit einer Demokratie und Meinungsfreiheit zu tun hat und besonders – haben sollte.

Haben wir nichts aus der Vergangenheit gelernt? Ist der Mensch nicht schlauer geworden und kann er diese Frühwarnsignale erkennen und etwas dagegen unternehmen? Was muss noch passieren, bis wir aufwachen? Ist es eine Notwendigkeit, dass durch eine immer stärker gesteigerte Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen der aktuellen Regierung, die Rechten einen immer stärkeren Zulauf bekommen? Bis sie ein politischer Partner auf Augenhöhe mit gewaltiger Obstruktionsmacht sind? Dann hätte diese Partei einen Einfluss auf das politische Leben, den man sich besser nicht wünschen sollte. Genau eine solche Konstellation verhalf der NSDAP bei den Wahlen im März 1933. Wie das Ganze ausging – das ist wohl jedem bekannt.

Die Demokratie ist eine Staatsform, die sich selbst abschaffen kann. So liegt es an jedem Einzelnen, sie zu schützen und ein Zeichen gegen ihre Feinde zu setzen.

Es muss sich außerdem bewusst gemacht werden, dass die AfD Verstöße gegen die demokratischen Grundsätze, wie die Verbreitung von rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Ansichten, verübt. Sollte eine Partei, die offen Themen publiziert, welche nachweislich gegen die deutschen Grundrechte verstößt, weiterhin geduldet und akzeptiert werden? In Artikel 3 unseres Grundgesetzes, welches zum Schutz der

Bürger und Bürgerinnen fungiert, wird aufgelistet, dass niemand wegen seines Geschlechts, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glaubens, religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Gehört eine Partei, die die Abschiebung von Millionen von Menschen aufgrund ihrer Abstammung, Rasse, Heimat und Herkunft sowie Religion plant und somit gegen das Grundgesetz der deutschen Bürger drastisch verstößt, nicht längst verboten?

Natürlich kann man darauf erwidern, dass durch eine solche Einschränkung das Recht auf freie Meinungsäußerung, sowie die freie persönliche politische Anschauung eingeschränkt wird. Jedoch besteht genau zum Schutz unserer Demokratie Artikel 18 des Grundgesetzes. Dieser besagt, dass Menschen diese Grundrechte verwirken, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung missbrauchen.

Meine Antwort ist ja, in unserer Demokratie gibt es ein Ende. Das Ende, welches sie selbst schützt. Und somit ist für mich klar, die AfD sollte verboten werden. Nicht nur, weil sie Millionen von Menschen das Zuhause wegnehmen möchte. Sondern auch, weil es aus meiner Perspektive grob fahrlässig ist, mit dem Blick in die Vergangenheit, Warnsignale nicht wahrzunehmen. Wir können keine Partei hinter dem Deckmantel der freien politischen Meinung schützen, wenn sie offen Verbindungen zu Reichsbürgern pflegt und mit der Angst, Wut, Hass und Enttäuschung der Bürger und Bürgerinnen von Deutschland spielt. Eine Partei, die jeden einzelnen von uns gefährdet. Denn wenn die AfD immer mehr an Macht gewinnt, dann wird eins sicher eintreten – ein Leben ohne das Privileg der freien Meinungsäußerung! Für die meisten deutschen Bürger und Bürgerinnen normal.

Es ist also Zeit, Verantwortung zu übernehmen und uns gegen die Feinde

unserer Demokratie zu stellen. Wir müssen Minderheiten schützen und für uns gegenseitig einstehen. Für ein gemeinsames Deutschland, in dem jeder sich so entfalten darf, wie er oder sie es für richtig hält, alle Menschen sicher leben können und in dem es ein Miteinander anstelle eines Gegeneinanders gibt. Das heißt aber im gleichen Atemzug auch, dass wir alle zusammenhalten müssen. Für unsere Demokratie. Für unsere Mitmenschen. Für uns selbst.



NAHE DER „POLITISCHEN TODESZONE“

von Florian Fürstberger, stv. Bezirksvorsitzender

Umfragen sind keine Wahlen, dennoch geben sie meistens ein gutes Meinungsbild ab. Und dieses Meinungsbild sagt aktuell 3% für die SPD in Sachsen und damit unter der gefürchteten 5% Hürde. Was es heißt dieser Hürde näherzukommen, haben wir hier in Bayern bei der letzten Landtagswahl erlebt. In Niederbayern waren wir noch knapp über der Hürde, in meinem Heimatlandkreis darunter. Bei diesen Ergebnissen holte die SPD bayernweit aber noch 8,4%. Und schon da schrieb die Tagesschau, dass sich “die bayerischen Sozialdemokraten langsam der politischen Todeszone” nähern.

Nun sagt die neueste Umfrage voraus, wenn jetzt wieder Landtagswahl wäre, dass die SPD nur noch 6% erreichen würde und damit wäre man ungemütlich nahe an der Todeszone.

Also was läuft schief? Das lässt sich natürlich nicht pauschal sagen, man kann aber anhand der bayerischen Landtagswahl einige Aspekte gut erkennen.

Berlin bestimmt immer mehr den politischen Diskurs. Gleichzeitig rücken lokale Themen mehr und mehr in den Hintergrund, da sie von bundespolitischen Themen verdrängt werden. Die Landtagswahl war dem Gefühl nach keine Wahl über die politischen Geschehnisse in Bayern, denn die konservativen Parteien haben es geschafft, die Wahl zu einem Referendum über die Arbeit der Bundesregierung zu machen. So haben sie es erfolgreich geschafft, nur mit der Position gegen Berlin, unzufriedene Wählerstimmen zu bekommen, auch wenn sie selbst keine eigenen Lösungen präsentieren können, geschweige denn bessere. Deswegen war man als Bayern-SPD den Entscheidungen aus Berlin ausgeliefert, ohne diese groß beeinflussen zu können. Gleichzeitig hat man auch gar nicht versucht, etwas Abstand zur Bundespolitik zu gewinnen. Man hat sich trotz schlechter Umfragewerte hinter Berlin gestellt, mit allen Konsequenzen. Dies traf vor allem die Kandidierenden, die trotz eines unermüdlichen Einsatzes sich nicht aus dem Schatten von Berlin befreien konnten.

Unter diesen Voraussetzungen lässt sich nur ein erfolgreicher Wahlkampf führen, wenn man mit einem bekannten und beliebten Spitzenkandidaten eigene Themen setzen kann.

Das ist aber Florian von Brunn nicht. Obwohl er seit mehreren Jahren sowohl Fraktionsvorsitzender als auch Co-Vorsitzender der Bayern-SPD ist, also die Spitzenämter der SPD in Bayern innehat, ist er weitestgehend unbekannt und konnte somit den Wahlkampf von sich aus kaum gestalten geschweige denn bestimmen.

Trotz dieser offensichtlichen Defizite war der Wahlkampf vollständig auf von Brunn zugeschnitten. Seine Person wurde vollständig in den Vordergrund gerückt, gefühlt teilweise sogar zu einem Heilsbringer stilisiert, die inhaltlichen Forderungen gingen zu großen Teilen unter. An dieser Stelle eignen sich zwei wunderbare Beispiele. Zum einen der Slogan "Bayern braucht von Brunn". Warum? Wer diesen Mann nicht kennt, kann sich diese Frage durchaus stellen. Gleichzeitig schwingt an dieser Stelle etwas Größenwahn und Arroganz mit, da auch keine Gründe für diese Aussage genannt werden, nicht ein kleinster Teil Inhalt ist dabei. Das zweite Beispiel ist das halbe Gesicht. Die Plakate bildeten die rechte Gesichtshälfte von von Brunn und die linke einer anderen, zum Thema des Plakats passenden Person ab. Davon gab es drei Ausfertigungen, doch in keiner entstand auch nur der Hauch einer Symbiose zwischen den Hälften, sodass beim Anblick nur Verwirrung über den Sinn entstand und man sich am liebsten abwandte. Auf den Slogan muss man nicht eingehen, er hat das gleiche Problem wie im ersten Beispiel.

Ein perfekter inhaltlicher Wahlkampf könnte all diesen negativen Kräften eventuell noch entgegenwirken. Leider waren die Kernthemen der SPD im Wahlkampf, nämlich Energie, Kitaplätze, Pflege und Mieten, weit entfernt von den Hauptsorgen der Wählerinnen und Wählern. Laut Umfragen waren dies nämlich Migration, Energie und Klimawandel. Die einzige Schnittmenge bildet also der Themenbereich Energie, der aber von allen Parteien besetzt wurde und von der Bundespolitik grundsätzlich aktuell negativ an der SPD haftet.

Die anderen bei Bereiche spielten bei dieser Wahl kaum eine Rolle, dementsprechend konnten auch inhaltlich kaum neue Wählerinnen und Wähler von den anderen Parteien gewonnen werden.

Es bleibt noch der Elefant im Raum, Hubert Aiwanger und sein Flugblatt. Es ist ein Thema, das diesen Wahlkampf stark geprägt hat und zu großer Wahrscheinlichkeit für das gute Abschneiden der freien Wähler verantwortlich ist. Mit Aufkommen der Affäre wurde sofort und vehement der Rücktritt von Aiwanger gefordert, es blieb immer der Beigeschmack, dass es nicht um den Antisemitismus, sondern rein um das eigene politische Kapital ging. Es war nur der Versuch, CSU und Freie Wähler auseinander zu bringen, damit nur die SPD als Koalitionspartner bleibt und so Florian von Brunn ins Ministeramt kommt.

Abschließend lässt sich also festhalten: man musste bei der Wahl gegen starken Gegenwind aus der Bundespolitik ankämpfen. Wegen eines Spitzenkandidaten, der mangels Bekanntheit nicht überzeugen konnte, und eines inhaltlichen Wahlkampfes, der an zentralen Themen vorbei ging, konnte man diesem Wind nicht standhalten. Dies führte zum historisch schlechtesten Ergebnis in Bayern.

Aktuelle Umfragen sehen uns nun schlechter abschneiden, als bei der Landtagswahl. Das ist aber nur ein aktueller Stand und ist nicht in Stein gemeißelt. Das Potenzial für bessere Ergebnisse ist, man muss es nur mit einem überzeugenden Spitzenkandidaten und einem inhaltlich scharfen und relevanten Wahlkampf abzurufen.

DER BUNDES- FREIWILLIGEN- DIENST



von Marlene Hofer, stv. Bezirksvorsitzende

Wer nach dem Schulabschluss noch keine Ausbildung oder Studium anfangen möchte oder während des Berufslebens Einblicke in andere Bereiche gewinnen möchte, hat viele Möglichkeiten, wie zum Beispiel den Bundesfreiwilligendienst. Trotzdem nehmen immer weniger Menschen diese Möglichkeit überhaupt wahr, nicht zu Unrecht. Das hat diverse Gründe.

Der vermutlich gravierendste Grund ist die geringe Höhe des gesetzlich erlaubten Taschengeldes. Viele Einrichtungen zahlen aber deutlich weniger als den Maximalsatz. Es finden sich auch immer wieder Einrichtungen, die weniger als das gesetzlich vorgeschriebene Taschengeld auszahlen. Dieses Taschengeld wird auf 6% der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung

festgelegt, was aktuell 453€ im Monat sind. Der Betrag kann zwar noch durch Geld für Verpflegung, Arbeitskleidung und Wohngeld erhöht werden, allerdings ist das immer noch nicht genug, um alleine davon leben zu können. So können Personen ohne finanzielle Unterstützung von Eltern/ Familie/ etc. oft keinen BFD absolvieren. Sie können es sich schlicht nicht leisten. Ja, der BFD ist konzipiert als Ehrenamt und daher soll es sich ja auch nicht um Gehalt, sondern Taschengeld handeln, aber an den eigenen Geldbeutel oder den von Angehörigen sollte ein Ehrenamt, das in Vollzeit ausgeübt wird nicht gebunden sein. Schließlich handelt es sich um einen sozialen Akt für die Gesellschaft.

Daher sollte für dieses Engagement wenigstens der Grundsatz des Mindestlohns gelten. Der aktuelle Stundenlohn für Bufdis bei 40 Stundenwoche beträgt 2,61€. Laut Internetseite der Bundesregierung stieg der Mindestlohn zum 01.01.2024 auf 12,41€ pro Stunde. Damit lässt sich für ein Mindestmonatsgehalt bei Mindestlohn und 40 Wochenarbeitsstunden dann ein Wert von gerundet 2.150€ berechnen, was fast das fünffache wäre. Hiermit wären Miete, Nahrungsmittel und sonstiger lebenswichtiger Bedarf zumindest einigermaßen bezahlbar.

Mittlerweile bekommen Bufdis immerhin das vergünstigte Deutschlandticket für 29€. Ein netter Bonus in Regionen, die kaum an den ÖPNV angebunden sind.

Nebenher noch einen Beruf mit vernünftigen Stundenlohn auszuüben, um sich finanziell besser aufzustellen, ist vor allem bei jüngeren Freiwilligen kaum möglich, da diese (unter 27 Jahre alt) nur mit triftigen Grund in Teilzeit arbeiten dürfen. Ansonsten müssen sie in Vollzeit arbeiten, eine andere Option ist gar nicht vorgesehen. An dieser Stelle ist erwähnenswert, dass Ende letzten Jahres ein Gesetzesentwurf durch das

Bundeskabinett ging, der die Teilzeit für alle Freiwilligen ungeachtet ihres Alters oder Sonderumständen ermöglichen soll, auf die Umsetzung müssen wir aber weiter warten.

Aber nicht nur im Bezug auf Geld und Arbeitszeiten ist der BFD veraltet, sondern auch in seiner Organisation. Die offizielle Internetseite des Bundesministeriums für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben beispielsweise verweist für genauere Informationen und Angaben auf eine Internetseite (www.bundesfreiwilligendienst.de), mit einem Vereinbarungsvorschlag, der eine Anzahl von 20 Urlaubstagen vorschlägt, was nicht einmal dem gesetzlich erforderlichen Minimum von 24 Tagen entspricht. Diese 20 Tage werden damit begründet, dass 24 Urlaubstage nur für eine sechs Tage Woche verpflichtend seien, obwohl diese im Bundesurlaubsgesetz nicht einmal mehr erwähnt wird. Das kann bei vielen Bufdis zu Verwirrung führen. Sie sind sich teilweise über ihre Rechte nicht im Klaren und werden von ihren Einsatzstellen oft auch nicht aufgeklärt. So muss sich jede*r Bufdi diese Vereinbarung genauestens durchlesen und überprüfen, welche Gesetze hier verletzt werden und dann darum kämpfen, den absoluten Mindestanspruch überhaupt wahrnehmen zu können, ohne je darauf hingewiesen zu werden, dass die Vereinbarung veraltet oder gar fehlerhaft ist. Denn es gibt zwar Berater*innen, allerdings geben diese oft den Einsatzstellen und den Freiwilligen selbst nicht annähernd genug Informationen und Erklärungen, wodurch diese sich dann selbst durch Gesetzestexte und Artikel schlagen müssen. Die Berater*innen füllen ihre Aufgaben also nicht aus, gerade gegenüber den vielen Berufseinsteiger*innen, die sie betreuen, ist dies fahrlässig. Nebenbei wissen viele Betroffene nicht, dass es diese Berater*innen überhaupt gibt. Das liegt daran, dass das erste Seminar üblicherweise erst Wochen nach Beginn des BFDs stattfindet und

der Hinweis auf diese Ansprechpartner*innen so also viel zu spät erst aufkommt.

Um ein weiteres Problem handelt es sich bei der Wohnsituation für die Freiwilligen. Zwar gibt es Einsatzstellen, die eine Unterkunft zur Verfügung stellen und finanzieren, allerdings handelt es sich hier eher um Ausnahmen, als um die Regel. Das limitiert die Zugänglichkeit für den Freiwilligendienst weiter, da die Suche nach Wohnungen vor allem in Ballungsräumen generell schon ein Problem darstellt, das spärliche Angebot wird aber durch die niedrige Taschengeldhöhe noch weiter beschränkt. Eine Entlastungsmöglichkeit wäre also, von Einsatzstellen hier bestimmte Hilfestellung (Bereitstellung/ Finanzierung/ etc.) verpflichtend zu fordern, unter anderem damit auch alle Bufdis die selben Voraussetzungen haben, nicht abhängig von der 'Großzügigkeit' der Einsatzstelle. Anders gesagt, die Einsatzstellen sollten sich mit gewissen Mindestanforderungen erst qualifizieren müssen.

All diese Kritikpunkte wären politisch auf verschiedenen Wegen lösbar, so zum Beispiel durch Gesetzesänderungen, mehr Förderung, ... Und manche davon werden in dem neuen Gesetzesvorschlag tatsächlich betrachtet, allerdings ist dieser noch lange nicht umgesetzt und manche der Punkte finden darin kaum bis keine Beachtung.

Wir müssen uns für Bufdis einsetzen, denn die genannten Probleme sind nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit und es gibt nicht genug BFDs, um dieses alleine zu erhöhen. Es muss auch klar sein, wir brauchen Freiwillige, die in verschiedensten Bereichen unterstützen. Wir sind in vielen Kontexten sogar auf sie angewiesen. Deshalb sollten wir ihnen auch ein Umfeld bieten, in dem sie ihren BFD angemessen durchführen können und nicht von Staat oder Einsatzstellen über den Tisch gezogen

DAS SCHWEDISCHE MODELL: EIN VORBILD FÜR DEUTSCHLANDS KITAS?

von Regina Hodam

In Deutschland ringen Familien täglich mit dem Problem der Kinderbetreuung. Ein Mangel an Kita-Plätzen, undurchsichtige Vergabeverfahren und regionale Unterschiede prägen das Bild. Schweden hingegen, mit seiner fortschrittlichen Gleichstellungspolitik, bietet wertvolle Lektionen, von denen sowohl Familien als auch Arbeitgeber profitieren können.

Laut einer Analyse der Friedrich Ebert Stiftung aus dem Jahr 2016, liegt der Grad der Erwerbstätigkeit bei Müttern mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren in Schweden bei 76,6 Prozent. In Deutschland liegt die Erwerbstätigkeitsquote bei Frauen mit kleinen Kindern (0-2 Jahre) bei 31,5 Prozent. ⁽¹⁾

In den deutschen Kitas herrscht eine tiefe Krise. Laut einer Studie der

Bertelsmannstiftung ⁽²⁾ fehlen allein in Westdeutschland fast 386.000 Betreuungsplätze. Die Situation in Ostdeutschland ist zwar weniger dramatisch (hier fehlen 44.700 Plätze, Stand 2023), doch bleibt das Problem bestehen: Es gibt nicht genug Plätze für alle Kinder. In Landshut zum Beispiel fehlen (Stand 2022) etwa 500 Krippen und Kindergartenplätze ⁽³⁾. Auch wenn gesetzlich ein Recht auf einen Betreuungsplatz besteht, erhalten viele Eltern statt einer Betreuungsmöglichkeit lediglich einen finanziellen Ausgleich (nachdem Sie das Recht auf einen Kitaplatz eingeklagt haben). Hinzu kommt, dass die Platzvergabe oft intransparent und von Kommune zu Kommune unterschiedlich ist. Dies erschwert es Eltern erheblich, verlässliche Betreuung für ihre Kinder zu finden. Bildung ist in Deutschland Ländersache – die Kulturhoheit der Länder. In den Bereichen Schul-, Hochschul- und Erziehungswesen sind die Bundesländer selbst für die Gesetzgebung zuständig (Art. 30 GG).

In Schweden hingegen ist die Betreuungssituation eine gänzlich andere. Jedes Kind hat ab dem ersten Lebensjahr Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Kann kein Platz bereitgestellt werden, ist die Kommune verpflichtet, innerhalb von vier Monaten eine Lösung zu finden. Diese Verpflichtung, kombiniert mit flexiblen Öffnungszeiten (von 6-18 Uhr, ggf. auch Nachtbetreuung bei Eltern in Schichtarbeit) und der Einbindung beider Elternteile in die Kinderbetreuung, bildet das Rückgrat der schwedischen Gleichstellungspolitik. ⁽⁴⁾

Nicht nur Familien, sondern auch Arbeitgeber profitieren von diesem System. Die verlässliche Kinderbetreuung ermöglicht es Eltern, sich voll und ganz auf ihre beruflichen Verpflichtungen zu konzentrieren. Für Unternehmen bedeutet dies weniger Ausfallzeiten und eine höhere Mitarbeiterbindung. Zudem fördert es die Gleichstellung am Arbeitsplatz,

da sowohl Mütter als auch Väter in der Lage sind, ihre berufliche Karriere und Familienleben besser zu vereinbaren.

Ein zentraler Punkt in der Debatte um bessere Kinderbetreuung in Deutschland ist der Mangel an Fachkräften. Laut einem Artikel der Süddeutschen Zeitung aus dem Jahr 2023 werden bis 2030 schätzungsweise 230.000 Erzieher:innen fehlen ⁽⁴⁾. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, muss der Beruf des Erziehers attraktiver gestaltet werden.

Eine angemessene Bezahlung, die der wichtigen sozialen Aufgabe gerecht wird, steht dabei an vorderster Stelle. Zusätzlich könnten Weiterbildungs- und Spezialisierungsmöglichkeiten angeboten werden, um den Beruf vielseitiger und karrierefördernder zu gestalten. Ebenso wichtig ist es, das Berufsbild in der Öffentlichkeit aufzuwerten und die gesellschaftliche Anerkennung zu steigern.

Das schwedische Modell zeigt eindrucksvoll, wie eine durchdachte Kita- und Gleichstellungspolitik positive Auswirkungen auf Familien, Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben kann, und dass die Kinderbetreuung nicht nur ein Grundrecht, sondern auch ein Grundpfeiler einer modernen, gleichberechtigten Gesellschaft wird.

QUELLEN

⁽¹⁾ <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/12367.pdf>

⁽²⁾ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/kitaplaetze-studie-100.html>

⁽³⁾ <https://www.idowa.de/regionen/landshut/landshut/kitas-und-kindergaerten-es-fehlen-500-plaetze-947001.html>

⁽⁴⁾ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kita-international-vergleich-1.5799379>

GEAS – EIN FAULER KOMPROMISS

von Sophie Hofer, Bezirksvorsitzende



Im Nachgang zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, konnten wir feststellen, wir haben das Thema Asyl und Migration verschlafen. Die verzweifelten Reaktionen darauf sind reaktionäre Vorschläge innerhalb der Partei und einem diffusen Gefühl in der Öffentlichkeit, für was die SPD eigentlich steht.

Die Reaktion einiger Genoss*innen war, mehr Grenzkontrollen zu fordern, stärker abschieben zu wollen und leider auch rechte Narrative zu übernehmen und zu propagieren. Aber eins muss immer klar sein, die Übernahme rechter Narrative wird uns keine einzige Stimme bringen und kein einziges Problem lösen. Menschen, die Migration kritisch sehen und ein rechtes Weltbild vertreten, werden weiter rechts wählen. Vielmehr laufen wir als Partei Gefahr, unseren sozialdemokratischen Kompass zu verlieren. Das Streuen von Hass gegen Migrant*innen entlastet keine einzige Kommune. Ja, wir müssen eine klare Position finden, die wir kommunizieren können und mit der wir ernst genommen werden. Aber diese politischen Ziele können doch nicht zu Lasten des Menschenrechts auf Asyl umgesetzt werden. Einem Menschenrecht, dem wir uns als Partei historisch und moralisch verpflichtet fühlen.

Aber zurück auf Anfang. Als 2015/16 die Zahlen von Menschen, die Zuflucht in der EU suchen stiegen, wird die Dublin Regelung für Syrer*innen in Deutschland ausgesetzt. Die Dublin-Verordnung legt fest, dass die Asylanträge dort geprüft werden, wo sie gestellt wurden, also an der EU-Außengrenze, sehr zum Vorteil von Deutschland, größere Geflüchtetenströme über die Norddeutsche Grenze sind wohl in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten. Gleichzeitig zeigen sich gerade die Südeuropäischen Länder, bei denen die Geflüchteten ankommen, überfordert und fühlen sich vom Rest der Union allein gelassen. Seitdem ringen die Mitgliedsstaaten der EU um eine Neuregelung.

Und jetzt also GEAS, das “Gemeinsame Europäische Asylrecht” soll nun diese Neuregelung darstellen. Geregelt sind in ihm Qualifikations-, Aufnahme-, Asylverfahrensrichtlinien, die Asylsysteme der einzelnen Mitgliedsländer sollen so vereinheitlicht werden. Was auf den ersten Blick wie eine längst überfällige Vereinbarung wirkt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als fauler Kompromiss. Von den einen gefeiert, von den anderen kritisiert, als Regelwerk, das sich Rechtsextremen und Populist*innen in vielen Punkten beugt. Vielleicht auch aus der Angst heraus, nach den Europawahlen, ein rechteres Parlament zu haben, dessen Entscheidungen jetzt vorgegriffen werden sollten.

Im Rahmen von GEAS wird jetzt die Stärkung von FRONTEX gefordert, bekannt für Menschenrechtsverstöße bei sogenannten “Pushbacks” bei Einreiseversuchen. Es soll verpflichtende Grenzverfahren geben, wie diese die überforderten Länder im Süden entlasten sollen, wirkt nicht unbedingt schlüssig. So soll direkt an der Grenze separiert werden zwischen Menschen mit einer hohen Anerkennungswahrscheinlichkeit aufgrund der Anerkennungsquote ihres Herkunftslandes und solchen, die statistisch weniger Chancen auf Anerkennung haben. Wie diese Quote auf akut veränderte und dynamische Situationen in Herkunftsländern reagieren kann, bleibt offen. Genauso ist ungeklärt, wie das individuelle Menschenrecht auf Asyl gewährleistet werden soll, beispielsweise bei queeren Menschen, religiösen Minderheiten und vielen weiteren Gruppen an Schutzsuchenden. Faktisch bedeuten diese Grenzverfahren, die Inhaftierung von Menschen, die keine Straftat begangen haben, auch von Kindern.

Denn eins muss nochmal ganz deutlich betont werden, die Einwanderung zum Zweck der Asylsuche ist nicht illegal! Zu befürchten steht auch, dass sich in diesen Lagern ähnliche menschenunwürdige Verhältnisse

entwickeln, wie es in Geflüchtetenlagern wie Lampedusa oder Kara Tepe (ehem. Moria) heute schon der Fall ist.

Daneben ist auch die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten im Gespräch. Dass dabei Menschen möglicherweise aufgrund von "Flüchtlingsdeals" in Länder geschickt werden, zu denen sie selbst keinerlei Bezug haben und bei denen die EU sich nicht sicher sein kann, dass dort die Menschenrechte der Geflüchteten gewahrt sind, wird hingenommen.

Mit GEAS wurde so also die Axt an das Grundrecht auf Asyl angelegt. Wir brauchen keinen Asylkompromiss 2.0, wir können auch nicht die Augen vor Menschen auf der Flucht und ihrem Recht auf Asyl verschließen. Klar ist, restriktive Regelungen werden katastrophale Situationen in Herkunftsländern nicht verbessern. Die Ablehnung von Geflüchteten wird auch das Loch im deutschen Arbeitsmarkt nicht schließen, dem wir mit der eigenen Bevölkerung nicht Herr werden. Wir brauchen Zuwanderung! Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in unserer Asyl- und Migrationspolitik und können nicht weiter so tun, als wäre das Recht auf Asyl eine besondere Großzügigkeit der EU. Das Recht auf Asyl ist eines der fundamentalsten Rechte menschlichen Miteinanders.

Statt die "Festung Europa" weiter aufzurüsten und auszubauen, sollte die EU an der Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten arbeiten, die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern auf Augenhöhe ausbauen und statt nur abzuschrecken endlich konstruktive Lösungen suchen.

Die Kommunen brauchen mehr Unterstützung und wir als Gesellschaft müssen Migrant*innen in Deutschland und der EU endlich die Hand ausstrecken und ihnen ausreichend Integrationsmöglichkeiten bieten. Dazu müssen wir den Bildungssektor weiter stärken und den Zugang zu

Sprache, Wohnraum, Ausbildung und Beruf ebnen. Nur so können wir für ein humanes und solidarisches Europa eintreten, das die Augen nicht vor der Realität verschließt und sich in seiner Festung isoliert.

Denn um es mit Franz Vranitzky zu sagen: "Wir wollen keine Festungen, denn von Festungen bleiben letztlich immer nur Ruinen".



JUSOS IN DIE PARLAMENTE! – KOMMUNALWAHL- EDITION

von Vincent Hogenkamp

Im Jahr 2026 stehen wieder Kommunalwahlen in Bayern an. Jetzt fragt ihr euch vielleicht: Warum sprechen wir jetzt schon darüber, das ist doch erst in zwei Jahren. Zu spät zu planen ist ein Fehler, der uns in den letzten Jahren aber oft passiert ist. Gerade in Orten, in denen wir keine:n Bürgermeister:in stellen, ist eine langfristige Planung dringend notwendig, vor allem im kommunikativen Bereich.

Die Kommunalwahl 2026 ist eine entscheidende Gelegenheit für die SPD, aber besonders auch für uns Jusos, aktiv die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden mitzubestimmen. In einer Zeit des Wandels und der Herausforderungen ist es von großer Bedeutung, dass junge Menschen vermehrt in die kommunalen Parlamente einziehen und ihre Perspektiven einbringen.

Vielleicht geht es vielen so wie mir, dass sie wegen großer Bundes-, Europa-, oder sogar internationalen Themen zu den Jusos gekommen sind. Da wirkt die kommunale Ebene oft klein und erzeugt manchmal das Gefühl, dass man nicht viel bewegen kann. Ich möchte euch überzeugen, dass das anders ist. Nirgendwo sieht man die Auswirkungen seiner Arbeit so stark wie in der Kommunalpolitik. Deswegen sind hier einige Gründe, warum wir als Jusos Verantwortung übernehmen sollten:

1. FRISCHER WIND FÜR LOKALE PROBLEME

Junge Menschen bringen neue Ideen und Perspektiven mit sich. Die Herausforderungen, vor denen unsere Städte und Gemeinden stehen, erfordern kreative Ansätze und innovative Lösungen. Wir Jusos können frischen Wind in die Diskussionen um lokale Probleme bringen.

2. ZUKUNFTSGESTALTUNG BEGINNT VOR ORT

Die Kommunalpolitik beeinflusst direkt das tägliche Leben der Menschen vor Ort. Wir Jusos, die sich engagieren, haben so die Chance, aktiv an Entscheidungen teilzunehmen, die die Zukunft und Lebensqualität der Bürger:innen verbessern. Die Zukunft liegt in unseren Händen, und die Kommunalwahl ist der Schlüssel zur direkten Mitgestaltung vor Ort. Sowohl sozial als auch feministisch.

3. FÜR INKLUSION UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Wir Jusos setzen uns traditionell für soziale Gerechtigkeit ein. Von bezahlbaren Wohnungen über ausreichend Kita-Plätze bis hin zu guten Schulen und guter Pflege vor Ort. Wir machen Politik für unsere Leute. Durch unsere Präsenz in den kommunalen Parlamenten können wir sicherstellen, dass auch die Belange von unseren Leuten, insbesondere

auch benachteiligten Gruppen angemessen berücksichtigt werden. Eine vielfältige Vertretung schafft eine gerechtere und inklusivere Gemeinschaft.

4. DIGITALE KOMPETENZ UND INNOVATION

Wir sind als junge Generation in einer digitalen Welt aufgewachsen. Zwar hat die CSU alles unternommen, damit das nicht so ist, aber genau daran müssen wir vor Ort arbeiten. Jusos bringen nicht nur ein Verständnis für moderne Technologien mit, sondern auch die Fähigkeit, innovative Lösungen für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu entwickeln. Das ist entscheidend, um Kommunen fit für die Herausforderungen der modernen Zeit zu machen. Seit vielen Jahren kämpft die SPD in Landshut beispielsweise für ein Livestreaming der Stadtratssitzungen. Das schafft Transparenz und bietet die Möglichkeit, dass sich mehr Menschen über kommunale Themen informieren. Bei einer Wahlbeteiligung um die 50% sollte dies im Sinne aller sein. Stattdessen blockiert die Landshuter CSU genau diese Fortschritte. Wer aber will, dass sich auch mehr junge Menschen für Kommunalpolitik begeistern, der muss dafür sorgen, dass Sitzungen und Abstimmungen online zugänglich sind.

5. STÄRKUNG DER DEMOKRATIE UND POLITISCHEN TEILHABE

Eine lebendige Demokratie lebt von der Beteiligung verschiedener Generationen. Wir als Jusos können dazu beitragen, das Interesse junger Menschen an politischer Teilhabe zu stärken und somit die Grundpfeiler unserer Demokratie zu festigen. Die Kommunalwahl ist eine Gelegenheit, die eigene Stimme laut und deutlich zu erheben.

Ich persönlich fand das erste Mal meine wirkliche Begeisterung für die Politik vor Ort bei einem Ortsrundgang. Der ehemalige SPD-Bürgermeister einer kleinen Gemeinde im Landkreis Landshut lud uns Jusos zu einem Gang durch seine Gemeinde ein. Mit einem großen Strahlen in den Augen präsentierte er uns, was er in den Jahren als Bürgermeister erreicht hatte. Von genossenschaftlichem Wohnungsbau, über gute Altenpflege bis hin zu einer zuverlässigen Kinderbetreuung war alles da, was man zum Leben braucht.

Und genau deswegen bietet die Kommunalwahl 2026 eine Chance für uns, aktiv unsere Zukunft zu gestalten. Es ist an der Zeit, dass wir jungen Menschen Verantwortung übernehmen und übernehmen dürfen. Es braucht uns und die SPD für eine sozial gerechte Kommunalpolitik.

Und es braucht uns auch für die Kommunalwahlkämpfe vor Ort, explizit nicht nur für Infostände und Plakate kleben. Wer eine saubere Online-Kommunikation auf der Höhe der Zeit will, der braucht Jusos. Wer Themen setzen will, die junge Menschen erreichen, der braucht Jusos. Und wer endlich eine starke Interessensvertretung unserer jungen Menschen in den Parlamenten will, der braucht Jusos.

Klar ist es auch oft schwer, junge Menschen für die Listen zu finden. Es ist aber auch keine Lösung, es gar nicht erst zu versuchen. Wer es mit jungen Menschen versuchen will, der braucht einen klaren Plan. Und ich möchte euch daher heute schon dazu aufrufen: Entwickelt diesen Plan schon heute.

Infrastruktur und Kommunikationspläne im Wahlkampf aufzubauen ist möglich, aber sehr schwierig. Wer erfolgreich sein will, braucht beständige Kommunikation und einen fixen Plan, der am Ende in eine Kampagne für die heiße Phase führt. Und vor allem: Wer Listen füllen

will, gerade auch mit jungen Menschen, der muss diese Menschen rechtzeitig ansprechen.

Setzt euch daher auf vor Ort zusammen und entwickelt Themen und Kommunikationslinien. Lernt auch von den erfahrenen Genoss:innen, was bei euch funktioniert und was nicht. Nutzt vorhandene Kampagnen der Bundes- und Landes-SPD und der Jusos. Tut euch auch über Orte hinaus zusammen, um mehr Schlagkraft zu entwickeln. Nutzt vor allem den Schwung des Bundestagswahlkampfes 2025, um Menschen anzusprechen. Aber, und das kann man nicht oft genug betonen: Fangt rechtzeitig an!

Euren Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt. Ob es nun eine kreative Idee am Infostand ist, ein lustiger Meme-Contest auf Instagram, oder der erste Juso-E-Football-Pokal.

Gestaltet euren Ortsverein, eure Kreisverbände und eure Kommunen. Nur so können wir erfolgreich sein. Kandidiert auf Listen und fordert auch aussichtsreiche Plätze ein, denn es ist wichtig, dass ihr gesehen werdet. Es wird Zeit, dass wir als Jusos zeigen: wir werden zusammen mit der SPD jede Gemeinde und jede Stadt gerecht gestalten. Und gerecht ist lebenswert.

DEIN KONTAKT ZU UNS

Jungsozialist*innen in der SPD
Bezirk Niederbayern

Dr.-Otto-Höchtel-Str. 27
94315 Straubing

Telefon: **+49 9421 42761**
Telefax: **+49 9421 43387**

E-Mail: **info@jusos-niederbayern.de**
Website: **www.jusos-niederbayern.de**

Weitere Inhalte findest Du auf unserem Blog:
www.jusos-nby.de

ÜBERALL KRISE – WAS NUN?



Unsere Zeit ist durch viele gleichzeitige Krisen geprägt. Wir wollen diese überwinden und Niederbayern fit für die Zukunft machen.

In dieser Ausgabe widmen wir uns auch der Krise der Sozialdemokratie, blicken zurück auf die bayerische Landtagswahl 2023 und schauen in die Zukunft mit Blick auf die Europawahl 2024.

Viel Spaß beim Lesen!



[/JUSOSNIEDERBAYERN](#)



[@JUSOSNIEDERBAYERN](#)